

Präsident Obama im Nahen Osten

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 18. bis zum 22. März 2013

(cr) Am vergangenen Mittwoch machte sich Barack Obama zu seinem ersten Besuch in Israel auf. Vier Jahre und eine zweite Amtszeit habe es gebraucht, bis der Präsident seinen engsten Verbündeten im Nahen Osten besuchte, kritisierte die *New York Times*. Der Grund seiner dreitägigen Reise sei es vornehmlich gewesen, das Verhältnis zwischen den USA und Israel weiter zu stärken und dem israelischen Volk mehr Sicherheit zu versprechen, unter anderem durch ein erneuertes Abkommen zu Militärhilfe. In einer Pressekonferenz am selben Tag fanden Obama und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu trotz einem, wie die amerikanischen Medien immer wieder betonten, angespannten Verhältnis einen gemeinsamen Standpunkt zum iranischen Atomprogramm. Die israelischen und amerikanischen Behörden glauben, dass der Iran nicht mehr weit vom Bau einer Atombombe entfernt ist. Obama stellte klar, dass die Vereinigten Staaten den Gebrauch solcher Waffen nicht tolerieren. Die Friedensverhandlungen zwischen den Israelis und den Palästinensern wurden auf der Pressekonferenz nicht thematisiert.

Am darauffolgenden Donnerstag verließ Präsident Obama Israel, um das angrenzende Westjordanland zu besuchen und dort den Präsidenten Mahmud Abbas in der Stadt Ramallah zu treffen. Obama drang sehr darauf, die Friedensverhandlungen wiederaufzunehmen, auch wenn die Israelis nach wie vor einen Verzicht auf den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten ablehnten. Am Freitag, kurz vor dem Ende seiner Reise, vermittelte Obama noch zwischen Israel und der Türkei in einem seit 2010 andauernden Konflikt, der durch die Ermordung von neun türkischen Aktivisten ausgelöst worden war. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu entschuldigte sich am Freitagmorgen beim türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Israelische Beamte kommentierten allerdings, es werden noch einige Verhandlungen benötigt, bis das alte freundschaftliche Verhältnis wieder hergestellt sei.

Zeitgleich fand in Washington eine wichtige Abstimmung im amerikanischen

Senat statt. Donnerstagnacht stimmte der Senat über den Widerruf eines Gesetzabschnittes der Obamacare ab, der eine Mehrwertsteuererhöhung von 2,3 Prozent auf medizinische Vorrichtungen im nächsten Jahr vorgesehen hatte. Die Steuererhöhung sollte ab dem kommenden Jahr für die Deckung der medizinischen Kosten von unversicherten Staatsbürgern oder Staatsbürgerinnen sorgen. Mit einem Wahlergebnis von 79 zu 20 Stimmen entschied sich die Mehrheit des Senats für den Gesetzeswiderauf. Außergewöhnlich hoch war die Stimmanzahl der demokratischen Partei. Mit 33 von 53 Mitgliedern stimmten über die Hälfte gegen einen Teil der Gesundheitsreform ihre Präsidenten. Die Republikaner bewerteten dies als zunehmende Ablehnung einzelner Elemente der Obamacare durch die Partei des Präsidenten. Es handele sich bei dieser Wahl jedoch nur um eine symbolische Abstimmung, die keine Auswirkungen auf den Affordable Care Act habe, so der Sprecher des Weißen Hauses, Brad Carroll.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.usatoday.com

www.washingtonpost.com

www.huffingtonpost.com